



Antrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

Strategische Rohstoffversorgung für Bayerns Wirtschaft: Zukunftssicherung mit günstigen Seltenen Erden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass im Rahmen des European Critical Raw Materials Act (ECRMA) Local-Content-Bedingungen für Seltene Erden aus heimischem Abbau oder Recycling eingeführt werden, um den Zugang zu staatlichen Fördermitteln zu regeln.
- sich auf Bundes- und EU-Ebene für die Abschaffung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) und der Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) einzusetzen, da diese Regelungen die Versorgung Bayerns mit Seltenen Erden gefährden und die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen schwächen.
- auf Basis der BayernLB einen öffentlich-privaten „Bayerischen Rohstofffonds“ mit einem Eigenkapital von 200 Mio. Euro zu gründen. Ziel ist die Stärkung der diversifizierten Versorgung mit Seltenen Erden durch Investitionen in Abbau- und Aufbereitungsprojekte in den wichtigsten Lieferländern sowie die Förderung von Projekten in Bayern, die sich auf den Abbau, die Aufbereitung und das Recycling von Seltenen Erden konzentrieren. Diese Förderung soll auch als Kofinanzierung mit dem Rohstofffonds der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) erfolgen.
- mit führenden Produzentenländern außerhalb Chinas Rohstoffpartnerschaften abzuschließen, um die Versorgung mit Seltenen Erden zu sichern, insbesondere mit den USA, Australien, Kanada, Schweden, Brasilien, Indien, Malaysia, Russland, Südafrika, Tansania, Thailand, Vietnam, Grönland und Burma.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, den Betrieb und die Inbetriebnahme von Lagerhallen zur Erhöhung der Lagerbestände von Seltenen Erden zu fördern, u. a. durch

- Senkung des Grunderwerbssteuersatzes für die entsprechenden Grundstücke auf 0 Prozent,
- Erstattung der entgangenen Steuereinnahmen für Kommunen bei Reduzierung der Körperschafts- und Grundsteuer auf 0 Prozent,
- Verkürzung der Genehmigungsverfahren für SEE-Lagerhallen.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert,

- sich auf Bundesebene für eine Befreiung der Raffination von Seltenen Erden aus Erzen sowie deren Wiederaufbereitung im Rahmen der Kreislaufwirtschaft von der CO₂-Abgabe auf Erdgas und von Vorgaben der „grünen Transformation“, wie dem Zwangsumstieg auf Wasserstoff, einzusetzen, um die Kosten für die Raffination und die Wiedergewinnung von Seltenen Erden zu senken.

- im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Genehmigungsverfahren für Abbau-, Raffinations- und Wiederaufbereitungsprojekte von Seltenen Erden zu verkürzen. Für Verarbeitungsprojekte, einschließlich Recycling, ist eine maximale Dauer von 15 Monaten anzustreben, während Gewinnungsprojekte, insbesondere im Bergbau, innerhalb von 27 Monaten genehmigt werden sollen.
- sich auf Bundes- und EU-Ebene für die entsprechende Verkürzung der Genehmigungsverfahren einzusetzen, soweit diese nicht in der Kompetenz des Freistaates liegen.
- die Fördergelder für Forschungsprojekte im Bereich des SEE-Recyclings zu erhöhen, insbesondere zur Effizienzsteigerung und Kostenreduktion im Recyclingprozess, einschließlich innovativer Ansätze wie dem „Biomining“.

Begründung:

Seltenerdelemente (SEE) wie Neodym, Dysprosium, Terbium, Lanthan, Yttrium, Cer, Praseodym, Scandium, Gadolinium und Europium sind essenziell für Bayerns Schlüsselbranchen. Sie finden Anwendung in der Automobilindustrie (z. B. Elektromotoren, Katalysatoren), der Elektronik (Displays, LEDs, Magnete), den erneuerbaren Energien (Windkraft, Batterien), der Medizintechnik (MRT, Laser), der Luftfahrt (Leichtmetalllegierungen, Triebwerke) und der Optik (Kameras, Gläser) (Die bayerische Wirtschaft e. V. (vbw), 2024).

Bundesweit sind 1,3 Mio. Beschäftigte (17 Prozent der Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe) in der Herstellung von seltenerdhaltigen Produkten tätig. Diese generieren eine Wertschöpfung von 161 Mrd. Euro (22 Prozent) und einen Produktionswert von 501 Mrd. Euro (21 Prozent) (IW Consult, 2024). Dies verdeutlicht die hohe Abhängigkeit des verarbeitenden Gewerbes von Seltenen Erden.

Im Jahr 2023 importierte Deutschland insgesamt knapp 6 000 Tonnen Seltene Erden (Destatis, 2024). Der Bedarf der bayerischen Industrie an SEE beläuft sich auf etwa 200 t pro Jahr, die vollständig durch Einfuhren gedeckt werden (Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU) Bayern, 2020).

Die hochtechnologische und innovative bayerische Industrie ist zunehmend auf eine zuverlässige und kostengünstige Versorgung mit Seltenen Erden angewiesen. Besonders die bayerische Automobilindustrie ist betroffen, da rund 65 Prozent ihrer Wertschöpfung von der Verfügbarkeit dieser Elemente abhängen (IW Consult, 2024).

Gleichzeitig besteht ein erhebliches Versorgungsrisiko für die bayerische Wirtschaft. Insbesondere Neodym, Yttrium und Scandium werden als Elemente der roten Risikogruppe eingestuft (vbw, 2024). Dies liegt vor allem daran, dass Bayern zu 95 Prozent von SEE-Importen aus China abhängig ist (Schriftliche Anfrage (SAN) AfD, 2024). Im Jahr 2023 entfielen 91,3 Prozent der weltweiten Raffinadeproduktion von Seltenen Erden auf China (IW Consult 2023).

Mögliche Lieferengpässe oder gar -stopps könnten sowohl durch binnenchinesische Ereignisse – wie „pandemiebedingte“ Hafenschließungen im Jahr 2020 oder energiebedingte Produktionsdrosselungen, etwa bei Aluminium im Jahr 2021 – als auch durch die politische Instrumentalisierung des Außenhandels durch die Kommunistische Partei Chinas (KPK) ausgelöst werden. Ein Beispiel hierfür sind die bereits 2010 verhängten chinesischen Ausfuhrkontrollen für SEE (IW Consult 2023, IW Consult, 2024).

Die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Angebotsschocks bei Seltenerdelementen wären verheerend für die heimische Industrie und könnten zu einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von rund 4 Prozent führen – ein Ausmaß, das vergleichbar mit den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Einschränkungen in den Jahren 2020/2021 wäre.

Daher soll die Staatsregierung eine Strategie entwickeln, um die kostengünstige und sichere Versorgung der bayerischen Industrie mit Seltenen Erden sicherzustellen. Diese Strategie sollte neben weiteren wichtigen Maßnahmen auf drei zentralen Säulen basieren:

1. Sicherung und Diversifizierung der SEE-Importe aus dem Ausland
2. Förderung des Abbaus von Seltenerdelementen aus heimischen Vorkommen in Bayern
3. Ausbau von Recyclingkapazitäten für Seltenerdelemente in Bayern

Der European Critical Raw Materials Act (ECRMA), der im Frühjahr 2024 in Kraft tritt, verfolgt drei zentrale Ziele: die Sicherung und Resilienz der Importe, die Förderung der inländischen Primärrohstoffgewinnung und die Stärkung der Sekundärrohstoffwirtschaft (Europäische Kommission, 2024). Obwohl supranationale Initiativen der EU generell kritisch zu betrachten sind, enthält der ECRMA einige sinnvolle Ansätze. So legt er Richtwerte für die inländischen Kapazitäten entlang der Lieferkette strategischer Rohstoffe für 2030 fest: 10 Prozent des jährlichen Förderbedarfs der EU, 40 Prozent für die Verarbeitung und 25 Prozent für Recycling. Außerdem sollte die EU nicht mehr als 65 Prozent ihres jährlichen Bedarfs an einem strategischen Rohstoff in jedem relevanten Verarbeitungsstadium aus einem einzigen Nicht-EU-Land beziehen. Die folgenden Maßnahmenvorschläge orientieren sich an den Zielen des ECRMA.

Die Staatsregierung sollte sich dafür einsetzen, dass im Rahmen des European Critical Raw Materials Act (ECRMA) auch Local-Content-Bedingungen für Seltene Erden aus heimischem Abbau oder Recycling eingeführt werden, um den Zugang zu staatlichen Fördermitteln zu regeln. Ein ähnlicher Ansatz existiert bereits in den USA im Rahmen des Inflation Reduction Act (IRA) und ist daher auch auf EU-Ebene handelspolitisch gerechtfertigt (vbw, 2024).

Sicherung und Diversifizierung der SEE-Importe aus dem Ausland

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene für die Abschaffung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) und der Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) einzusetzen, da diese Regelungen die Versorgung Bayerns mit Seltenen Erden gefährden. Sie sind praktisch undurchführbar, erhöhen Bürokratie und Kosten, schwächen die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen und begünstigen Konkurrenten aus Ländern wie China (Institut für Weltwirtschaft (IfW) Kiel, 2021).

Die Staatsregierung sollte auf Basis der BayernLB einen öffentlich-privaten „Bayerischen Rohstoffonds“ mit einem Eigenkapital von 200 Mio. Euro gründen, an dem sich interessierte Unternehmen der bayerischen Industrie beteiligen können, um die diversifizierte Versorgung mit Seltenen Erden zu stärken. Ziel ist es, durch Investitionen und den Kauf von Anteilen an Abbau- und Aufbereitungsprojekten in den wichtigsten Lieferländern die Versorgungssicherheit der bayerischen Industrie zu gewährleisten. Dazu sollte die Staatsregierung Rohstoffpartnerschaften mit führenden Produzentenländern außerhalb Chinas abschließen, wie den USA, Australien, Kanada, Schweden, Brasilien, Indien, Malaysia, Russland, Südafrika, Tansania, Thailand, Vietnam, Grönland (Dänemark) und Burma (USGS, 2024).

Zur Erhöhung der Lagerbestände von Seltenen Erden sollte der Freistaat den Betrieb und die Inbetriebnahme dafür vorgesehener Lagerhallen gezielt fördern. Dies könnte durch folgende Maßnahmen erfolgen:

- Senkung des Grunderwerbssteuersatzes für die entsprechenden Grundstücke auf 0 Prozent
- Erstattung aus dem Staatshaushalt für entgangene Steuereinnahmen der Kommunen, wenn diese die Körperschaftssteuer und die Grundsteuer für die betreffenden Grundstücke und Lagerhallen auf 0 Prozent reduzieren
- Verkürzung der Genehmigungsverfahren für SEE-Lagerhallen

Angesichts der industriellen Kritikalität sollten diese Maßnahmen für alle Verarbeitungsstufen von Seltenen Erden gelten – vom Rohstoff (z. B. Oxide und Legierungen) bis hin zu nahezu fertigen Zwischenprodukten wie Mikrochips und Supermagneten.

Förderung des Abbaus von Seltenerdelementen aus heimischen Vorkommen in Bayern

Hochentwickelte Industrienationen wie die USA, China oder Schweden widerlegen die Auffassung, dass fortschrittliche Länder ausschließlich auf den Import von Rohstoffen angewiesen sein sollten. Sie demonstrieren, wie der Abbau heimischer Mineralien und fossiler Energieträger gezielt zur Stärkung der eigenen Industrie beitragen kann. Auch in Deutschland sollten politische Entscheidungsträger diese Strategie stärker anerkennen und fördern.

Laut Untersuchungen des Landesamts für Umwelt (LfU) verfügt Bayern über eigene Reserven an Seltenen Erdmetallen, die sich auf Lagerstätten in Süd- und Nordbayern verteilen. In Südbayern könnten jährlich theoretisch 82 t leichte und 12 t schwere SEE-Oxide als Beiprodukt gewonnen werden, während in Nordbayern 362 t leichte und 40 t schwere SEE-Oxide möglich wären. Insgesamt beläuft sich das Potenzial auf 444 t leichte und 62 t schwere SEE-Oxide pro Jahr. Allerdings ist eine wirtschaftliche Gewinnung derzeit schwierig, da die niedrige Konzentration im Abbaumaterial dazu führt, dass die Kosten für Abbau, Aufbereitung, Raffination, Abtrennung und Verarbeitung die Marktpreise der jeweiligen Seltenen Erden übersteigen (LfU Bayern, 2024).

Der Bayerische Rohstofffonds, basierend auf der BayernLB, soll gezielt günstige Garantien, Darlehen sowie Eigenkapital- und Quasi-Eigenkapital für Projekte im Bereich Bergbau und der Weiterverarbeitung von Seltenen Erden in Bayern anbieten. Das Fondsvolumen sollte primär der Kofinanzierung mit dem seit Oktober 2024 bestehenden Rohstofffonds der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) dienen, welcher wiederum für die Jahre 2024 bis 2028 Mittel in Höhe von bis zu einer Milliarde Euro bereitstellt (KfW, 2024). Zusätzlich sollen mögliche Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen der IPCEI-Projekte (Important Projects of Common European Interest) geprüft werden.

Um die Raffination von Seltenerdelementen kostengünstiger zu gestalten, soll sich die Staatsregierung auf Bundesebene für eine Befreiung der SEE-Raffination von der CO₂-Abgabe auf Erdgas sowie von Vorgaben der „grünen Transformation“ einsetzen, etwa durch Vermeidung von finanziellen Nachteilen durch die EU-Nachhaltigkeitstaxonomie und der Nötigung zur Umstellung auf teuren Wasserstoff.

Die Genehmigungsverfahren in Europa dauern im internationalen Vergleich oft deutlich zu lange. Während die Vorlaufzeit bei Bergbauprojekten hier meist zwischen 10 und 15 Jahren liegt, sind diese in den USA mit 7 bis 10 Jahren und in Kanada sowie Australien mit durchschnittlich 2 bis 3 Jahren erheblich kürzer (KfW Research, 2023). Um die Umsetzung von Projekten für den Abbau und die Raffination Seltener Erden in Bayern zu beschleunigen, sollte der Freistaat daher eine deutliche Verkürzung der Genehmigungsverfahren anstreben. Für Verarbeitungsprojekte wird eine maximale Dauer von 15 Monaten angestrebt, während Gewinnungsprojekte, insbesondere im Bergbau, innerhalb von 27 Monaten genehmigt werden sollen (vbw, 2024).

Ausbau von Recyclingkapazitäten für Seltenerdelemente in Bayern

Die End-of-Life-Recycling-Input-Quote für Seltene Erden in Bayern liegt derzeit bei lediglich 3 bis 8 Prozent (LfU Bayern, 2020). Dabei variiert der Anteil je nach Element erheblich: Während Yttrium eine Recyclingquote von etwa 30 Prozent erreicht, liegt der Anteil für Neodymium nur bei rund 1 Prozent (IW Consult 2023).

Dabei hat das sogenannte Urban Mining ein hohes Potenzial für Wiederaufbereitung und Rückgewinnung von Seltenen Erden aus gebrauchten Elektronikgeräten und anderen Altmaterialien. Allein bundesweit in ungenutzten „Schubladenhandys“ – 44,1 t Neodym (Nd) im Wert von 7 Mio. Euro (Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln, 2023). Forscher schätzen bis 2040 Verdopplung von Neodym-haltigem Magnetmaterial in Deutschland auf 600 000 t (öko Institut, 2022). Allein der Materialwert der Metalle im anthropogenen Lager Deutschlands wird auf 650 Mrd. Euro geschätzt (Umweltbundesamt, 2017).

Um die Kreislaufwirtschaft für Seltene Erden in Bayern voranzutreiben, ist es entscheidend, bayerische Recyclingunternehmen zu fördern, die innovative Lösungen zur Rückgewinnung von Seltenen Erden aus Altmaterialien entwickeln (Umweltbundesamt, 2021). Der Bayerische Rohstofffonds sollte daher auch die Kofinanzierung von Recyclingprojekten im Bereich der Seltenen Erden ermöglichen.

Ein weiterer wichtiger Schritt zur Kostensenkung des SEE-Recyclings besteht darin, die politischen Rahmenbedingungen zu verbessern. Wie bei der SEE-Raffination sollte sich die Staatsregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das Recycling von Seltenen Erden von der CO₂-Abgabe auf Erdgas sowie von sämtlichen Vorgaben der „grünen Transformation“, wie beispielsweise dem Zwangsumstieg auf Wasserstoff, befreit wird.

Um die Umsetzung von Kreislaufprojekten für Seltene Erden in Bayern zu vereinfachen, sollte der Freistaat eine deutliche Verkürzung der Genehmigungsverfahren für entsprechende Recyclingstandorte auf maximal 15 Monate anstreben (vbw, 2024).

Der Freistaat sollte die Fördergelder für Forschungsprojekte im Bereich des SEE-Recyclings erhöhen, insbesondere zur Effizienzsteigerung und Kostenreduktion im Recyclingprozess. Ein innovativer Ansatz ist das „Biomining“, bei dem Bakterien eingesetzt werden, um Seltene Erden aus Abfällen zu gewinnen (Technische Universität München (TUM), 2023). In Forschungsverbänden wie ForCYCLE können Verfahren zur Kreislaufführung von Seltenen Erden entwickelt werden. Auch die Fraunhofer-Einrichtung IWKS trägt mit Projekten wie „ReSi-Norm“ zur Entwicklung neuer Recycling-Technologien bei.

Die notwendigen Steuersenkungen und Fördermaßnahmen können durch Einsparungen in den Haushalten von Bund und Freistaat gedeckt werden. Die AfD-Fractionen schlagen Einsparungspotenziale von 100 bis 135 Mrd. Euro pro Jahr auf Bundesebene und 3,5 Mrd. Euro pro Jahr auf Landesebene vor, insbesondere bei Energiewende, Klimaschutz, Asyl und Entwicklungshilfe.